

# Dresdner Volkszeitung

Versandkonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werttätige Volk**

Verleger: Eduard Straußmann, Dresden.  
Verantwortlich: Hermann Löffler, Dresden.  
Redakteur: Hermann Löffler, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abendausgabe einfüßlich  
Abendausgabe einfüßlich  
Abendausgabe einfüßlich

Schriftleitung: Wettersplatz 10, Fernsprecher Nr. 5581. Sprech-  
stunden nur wochentags von 10 bis 1 Uhr.  
Verkaufsstelle: Wettersplatz 10, Fernsprecher Nr. 5581 und 18707.  
Verkaufspreis von 15 Pf. bis 1/2 Ltr. nachmittags.

Abendausgabe einfüßlich  
Abendausgabe einfüßlich  
Abendausgabe einfüßlich

Nr. 36

Dresden, Sonnabend den 11. Februar 1928

39. Jahrg.

## Rettungsversuch durch Hindenburg

Hindenburgs Brief: „Parteien des Bürgerblocks, gedenket eurer gemeinsamen Interessen...“

Der von dem Reichspräsidenten zur „Rettung“ der Deutschnationalen vor einer baldigen Weite an den Reichspräsidenten gerichtete Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Die Nachrichten über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien wegen des Schulgesetzes, die zu einem Auseinanderbrechen der gegenwärtigen Reichsregierung führen können, geben mir Veranlassung, Sie, Herr Reichspräsident, zu bitten, nichts unerledigt zu lassen, um im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Regierungskrise und ihre politischen Folgen zu vermeiden. Der Reichstag hat zur Zeit dringende und wesentliche Aufgaben zu lösen. Abgesehen von dem Haushaltsplan und vom Liquidationsgeschäft sind für die Landwirtschaft lebenswichtigen Maßnahmen zu beschließen, und es hat auch die Strafrechtsreform ihre Durchsicht zu finden.

Es würde meiner Meinung nach eine schwere Schädigung der nationaler Interessen und des ganzen deutschen Volkes bedeuten, wenn jetzt wegen der Schulgesetzfrage eine unlösbare Regierungskrise und eine Auflösung des Reichstags notwendig wären.

Ich bitte Sie, bei den bevorstehenden Besprechungen mit den Parteien der Regierungsparteien diesen meine Absichten mitzuteilen und abzurufen, an alle beteiligten Parteien und Fraktionen, die zu wirken, daß eine arbeitsfähige Regierung zustande kommt, die die wichtigen parlamentarischen Aufgaben erfüllt und einzelne unlösbare Differenzen in der Schulfrage durch Erhebung dieser Parteien vertragen werden.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung bin ich, Herr Reichspräsident, Ihnen, von Hindenburg.

### Bestellt von den Deutschnationalen!

Von meinem Berliner Bureau wird uns zu Hindenburgs Brief geschrieben:

Am Anfang und am Ende der Verantwortlichkeit des Bürgerblocks steht ein politischer Brief des Reichspräsidenten Hindenburgs. Sein neuestes Werk ist in die krisenhafte Situation, in der die Koalitionsparteien sich gegenseitig die Anklagen zu bläuen suchen, hineingefallen. Es ist nicht von ungefähr und zum wohlbedachten Zeitpunkt gekommen. So, wie am 20. Januar 1927, als der Reichspräsident in einem Brief an Herrn Warr den Bürgerblock aus der Laute hob. Der Brief des Reichspräsidenten vom 20. Januar war eine klare Position auf das Zentrum, und es ist die Linie der von den Deutschnationalen und dem Reichspräsidenten von der Deutschen Volkspartei gewünschten Verständigung zu führen. Gegen diese Position hat das Zentrum immerhin Einspruch erhoben — aber es hat nicht geblüht.

Der Brief des Reichspräsidenten vom 9. Februar 1928 ist die Fortsetzung der letzten Verhandlungen um das Schulgesetz und falls eine politische Position. Es fragt sich nun, auf wen. Nach seinem Inhalt zu urteilen, könnte es heißen, daß es sich abermals um eine Position auf die Koalitionsparteien handelt — diesmal allerdings nicht nach dem Willen des Herrn Scholz, sondern nach den Wünschen der Deutschnationalen, die eine unbeschreiblich qualvolle Lage vor einem nahen Wahltermin haben und die die Auflösung des Reichstags und den formellen Bruch der Koalition solange wie möglich hinauszuziehen wünschen. In Wahrheit enthält dieser Brief aber vor allem einen offenen Bruch auf die Deutsche Volkspartei. Die Verhandlungen über ein Schulgesetzkompromiß sind noch nicht abgeschlossen. Im Zentrum und bei den Deutschnationalen hat man eine letzte Hoffnung, daß die Koalitionsparteien sich auf einen Kompromiß geeinigen werden. Das ist nicht der Fall. Das Zentrum will es — das soll die Felsensprache sein, die von der Volkspartei betreten werden soll.

Eine Ironie der Geschichte: am Anfang des Bürgerblocks stand eine Position des Reichspräsidenten nach dem Wunsch der Deutschnationalen auf das Zentrum, am Ende des Bürgerblocks ein offener Bruch auf die Volkspartei. In der Zwischenzeit sind die Dinge aber stehen hinter dem Brief vom 20. Januar 1927 wie dem Brief vom Februar 1928 die Deutschnationalen. Damals war das Ziel, die Deutschnationalen in die Regierung zu bringen, heute ist das Ziel, die Deutschnationalen noch einige Monate aus der Regierung zu halten. Zeit gewonnen, alles gewonnen und vielleicht auch noch jene agrarpolitischen Fortschritte der Deutschnationalen, die bei einer sehr raschen Auflösung des Reichstags ins Wasser fallen könnten.

Wenn Herr Warr oder Herr Westarp in der Stellung des Reichspräsidenten wäre, so hätten sie, getrieben von der Politik der Deutschnationalen, den Brief des Reichspräsidenten nach anders und zu anderem Zeitpunkt formulieren können: Hindenburg, der „Retter“ für die Deutschnationalen, der „Retter“ vor dem Ende der

Sterlichkeit, vor der vernichtenden Wahlniederlage — und sei es auch nur der „Retter“ auf Zeit.

Dieser Brief des Reichspräsidenten ist staatsrechtlich außergewöhnlich, wenn auch nicht außerhalb des Rahmens seiner Befugnisse. Er entspricht den Wünschen der Deutschnationalen, die sie für eine künftige Stellung des Reichspräsidenten verfindet haben. Stärkung der Machtstellung des Präsidenten, weitgehendes Bestimmungsrecht gegenüber den Parlamenten und den Parteien, aber, verfehlt sich, in der Richtung und nach den Wünschen der Deutschnationalen!

Dieser politische Akt wird das Ende der Koalition und des Reichstages vielleicht etwas verzögern, aber nicht aufhalten. Die Deutschnationalen hoffen, die diesen Brief erwünscht haben, und an ihn die Hoffnung knüpfen, werden nur zu bald erfahren, daß er gegen sie ausschlägt: als ein Dokument deutschnationaler Wahllangst und schlechten Gewissens. Die erwartete „Rettung“ bringt er ihnen nicht — trotz ihrem „Retter“!

### Vor dem Umfalle?

D. Am Freitag sollte nach den Ankündigungen der Regierungspresse im Interfraktionellen Ausschuss der Koalitionsparteien des Reichstages die „endgültige“ Entscheidung über die Zukunft des Reichsschulgesetzes der Bürgerblockregierung fallen. Man hat auch gesagt und zwei Stunden beisammengesessen — aber ohne „endgültige“ Entscheidung. Warum auch so eilig? Der Hindenburgbrief hat irgendwie seine Wirkung getan: die Deutschnationalen sind etwas beruhigt und die Volkspartei steht bereit zum Umfalle. Am Sonntag tritt ihr Schul-

ausschuss zusammen. Er soll „entscheiden“ und darüber Klarheit schaffen, ob die bisher so „gebeiligten liberalen Grundzüge“ dem Bürgerblock zuliebe geopfert werden sollen oder nicht. Zwei Vorschläge zur Lösung der kritischen Fragen werden ihm vorliegen. Am Montag soll sich dann der Interfraktionelle Ausschuss nochmals mit der Lage befassen. Wird der Umfalle der Volkspartei bis dahin vollzogen sein, oder sollte sie gar festbleiben?

### Der neueste Kompromißvorschlag

D. Berlin, 11. Februar. (Via Funknach.) Aus der heutigen Morgenpresse erfährt man, daß in dem am Freitag abgehaltenen interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien vor allem ein Kompromißvorschlag besprochen wurde, der schon am Freitag vormittag in der Germania angekündigt wurde und darauf abzielt, die Simultanschulen aufrechtzuerhalten, zugleich aber in den Simultanschulen Privatschulen praktisch unbeschränkt konfessionelle Privatschulen zuzulassen. Die Tagesblätter berichten: „Eine Grundfrage zur Einigung bietet dieser Vorschlag nach allgemeinem Urteil nicht, da die konfessionellen Privatschulen leicht in der Lage wären, den Simultanschulen die Schüler zu entziehen und sie damit lebensunfähig zu machen.“

Aber was soll werden, wenn das Schulgesetz doch noch scheitert? Darüber macht man sich besonders natürlich im deutschnationalen Lager Kopfweh, und darum hat man schließlich auch den Brief des Reichspräsidenten besichtigt. Auffallend ist, daß es über die seit Wochen in der ganzen Zentrumsdruck angeführten „Konsequenzen“ merklich still geworden ist. Man hört nichts mehr von dem Bruch der Bürgerblockkoalition, trotzdem die Regierungskoalition nach der Abschließung des Etats so gut wie vollkommen arbeitsunfähig sein dürfte.

## Eine Wahlrechtsreform?

Der Kampf gegen die Splitterparteien

H. F. Schön vor einigen Jahren tauchten Meinungen auf, die an dem gegenwärtigen Wahlverfahren für die Parlamente allerhand auszusetzen hatten. Damals waren besonders die großen Wahlkreise, wie sie jetzt eingerichtet sind, Gegenstand des Strebens nach Aenderung. Manche mochten auch den Proporz nicht leiden, den Deutschnationalen kostete die ganze Richtung nicht. So wurde nicht nur das mehr wahltechnische Verfahren in den Kreisen der Erörterungen gestellt, auch an die Grundzüge des jetzigen Wahlrechts wurde von gewisser Seite recht bemerkbar getipelt.

Die sind nun freilich so leicht nicht zu beseitigen. Das Wahlrecht der deutschen Republik, das man das demokratischste und radikalste der Welt zu nennen pflegt, ist ein Kind der Revolution! Es wurde von der Volksbeauftragten-Regierung in jener denkwürdigen Verordnung vom 12. November 1918 einfach diktiert. In ihr war bestimmt, daß „fortan“ alle Wahlen zu öffentlichen Körperlichkeiten nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen sind. Die Nationalversammlung in Weimar wurde nach diesen Grundzügen gewählt, die dann in Artikel 22 der Verfassung übernommen und geltendes Grundrecht geworden sind. Das Nähere ist nach diesem Artikel durch ein Reichswahlgesetz zu bestimmen. Dieses Gesetz ist, seit es besteht, schon einige Male geändert worden. Dabei handelte es sich aber sozusagen mehr um Schönheitsfehler. Die in der Verfassung festgelegten Grundzüge des Wahlrechts abzuhängen ist nicht so leicht. Denn die dazu nötige Zweidrittelmehrheit in diesem Reichstage zu erlangen, ist unmöglich, da sie durch die beiden Linksparteien — Sozialdemokraten und Kommunisten — vereitelt werden kann. Daß diese zwei Parteien auf keinen Fall für derartige Verschlechterungen zu haben sein würden, ist selbstverständlich. In der Hinsicht ist also zur Zeit, und hoffentlich auf immer, keine Gefahr im Verzuge.

Nachdem man längere Zeit von dem Verlangen nach Wahlrechtsreform nichts gehört hatte, tauchte es vor einigen Monaten plötzlich in dem Antrage der Zentrumsfraktion an den Reichstag wieder auf. Inzwischen erhielten diese Bestrebungen greifbarere Gestalt. Die Angelegenheit wurde interfraktionell behandelt, und alle großen Fraktionen — die Kommunisten waren nicht zugezogen — da „an sich“ dafür ausgesprochen, daß noch in diesem Reichstag mit Geltung für die nächste Wahl eine Reform eintreten soll. Man will sie jedoch auf ein besonders eng begrenztes Gebiet be-

schränken: gefahrliche Maßnahmen gegen das Ueberhandnehmen der kleinen Splitterparteien, deren Mitwirkung im Parlament unterbunden werden soll. Darüber ist ja in der letzten Zeit viel geschrieben und gesagt worden. Die Vertreter der Parteien haben weiter darüber verhandelt, zu irgendeinem Ergebnis kam es bisher noch nicht. Es soll erst noch Material darüber vorgelegt werden, wie die Verhältnisse in den einzelnen Ländern liegen.

Schließlich ist die Sache bei näherem Hinsehen gar nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick erscheinen möchte. Auch grundsätzliche Bedenken steigen auf, ob eine derartige Unterdrückung kleiner Parteien angebracht und vertretbar ist. Wohl alle großen Parteien waren früher einmal klein. Und ob aus jetzt kleinen Parteien sich große mit der Zeit entwickeln können, wird weder behauptet noch bestritten werden können. Die Gegner solcher Reformen haben noch andre beachtliche Argumente, die nicht ohne weiteres abgewiesen werden können. So ist es wohl nicht ganz unrichtig, zu sagen, daß die kleinen Parteien Zeiterscheinungen sind, aus den Verhältnissen heraus entstanden. Noch immer ist in Deutschland vieles in Übung begriffen, was nach Klärung ringt und politisch den Niederschlag in der Gründung neuer Parteien findet. Andern und festigen sich die Verhältnisse, dann wird wieder verschwinden, was lebensunfähig, nicht existenzberechtigt ist. Vom linkspolitischen, republikanischen Standpunkt aus ist für die gegenwärtige Lage zu sagen, daß die Splitterparteien im weitestlichen den Parteien der Rechten, besonders den Deutschnationalen, Abbruch tun. Sorgen bereiten. Darum erklärt sich auch die Tatsache, daß besonders diese Parteien mit großer Energie für die gezielte Abstellung der Splitterparteien eintreten. Nach dem Ausfall der letzten Wahl in Weidenburg schreiben J. R. die Dresdner Nachrichten: „Insoweit muß das Wahlergebnis in W. ein Aufsporn für die im Zuge befindlichen Beratungen über Maßnahmen gegen die Splitterparteien sein, daß dabei keine Verschleppung eintritt, sondern in kurzer Frist die erforderliche Aktion durchgeführt wird.“ Daß der Grund für das Drängen auf jener Seite in banger Sorge um das Ansehen der Demokratie und des Parlamentarismus zu suchen wäre, ist doch kaum anzunehmen. Ihre Ziele ist sehr verdrängt!

Wenn irgendwelche Taktik und Parteizweckmäßigkeit in dieser Angelegenheit eine Rolle mitzuspielen darf, dann muß sie in sehr ruhiger Ueberlegung erledigt werden. Am Ende müßte es auch eine wichtige und dankbare Aufgabe der großen Parteien sein, die Splitterparteien mit der Zeit für die eine oder andre zu beseitigen und aufzulösen. Auf dieser